

Rede von Herrn Bürgermeister Saemann anlässlich des Empfangs zum 50-jährigen Jubiläum der Gebietsreform am 14.03.2024

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Ortsbürgermeister und Ortsvorstehende,
sehr geehrte Ortsratsmitglieder,
sehr geehrte Ehrenortsbürgermeister,
verehrte Ehrenringträger,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlich willkommen zur heutigen Feierstunde!

Fast genau auf den Tag vor 10 Jahren trafen wir uns im März
2014 und zelebrierten das 40-jährige Jubiläum der
Gebietsreform aus dem Jahre 1974.

Damals richtete der amtierende Bürgermeister Herr Michael
Kessler einige Worte an Sie.

Nun, wer damals schon dabei war, der wird gewisse Parallelen
zwischen den Reden finden und erkennen.

Denn wie heißt es so schön: „Numbers don't lie“.

Und so werden auch heute, 10 Jahre später, Zahlen, Daten und Namen die gleichen sein, wie vor 10 Jahren.

Trotzdem nutze ich die heutige Möglichkeit, diese genannten Daten nochmals ins Gedächtnis zu rufen.

Schließlich ist es heute so, wie damals: Die Gebietsreform von 1974 war ein Meilenstein in der Geschichte der Stadt Peine.

Leitgedanke der Gebietsreform, so formulierte es Dr. Willy Boß zum 10-jährigen Jubiläum 1984, war es, "eine leistungsstarke Stadt mit einer modernen Verwaltung zu schaffen, die öffentliche und wirtschaftliche Dienstleistungen möglichst bürgernah anbietet."

Bereits 1984 erkannte Dr. Willy Boß also, was heute noch Behörden und Ämter in ganz Deutschland bewegt und beschäftigt.

Ein Ziel, dem auch die Stadt Peine stetig näherkommt.

Ein kurzer historischer Rückblick:

Nachdem sich 1968 bereits die Gemeinde Handorf der Stadt angeschlossen hatte, wurden am 1. März 1974 weitere 14 Umlandgemeinden in die Stadt Peine eingegliedert.

Die Stadt war damals knappe 750 Jahre jung und entwickelte sich, der Gründung der Stahlwerke wegen, explosionsartig.

Von einem kleinen, landwirtschaftlich geprägten Örtchen mit kaum einem Zehntel der Einwohnerinnen und Einwohner von heute, entwickelte sich Peine zu einer über die Grenzen hinweg bekannten Stahlstadt und war so eine große Gewinnerin des wirtschaftlichen Umschwungs.

Dies heißt nicht automatisch, dass Peine gleichzeitig die längste Geschichte vorweisen kann. Eine Vielzahl von kleinen Ortschaften tummelte sich um die zukünftige „Mutterstadt“.

Ortschaften, verschieden groß, verschieden alt und auch mit verschiedenen Ansichten.

So manch Fehde, die heute noch scherzhaft zwischen Ortschaften besteht, fand ihren Ursprung im Mittelalter.

Doch dank intensiver Zusammenarbeit gelang es sogar Ortschaften wie Rosenthal und Schwicheldt, eine Freundschaft aufzubauen, die seither in gemeinsamen Projekten und Veranstaltungen mündet.

Und das, obwohl so manch Zeitzeuge sicher war, dass Rosenthal und Schwicheldt niemals zusammenfinden würden!

So wie diese Freundschaft, wuchsen auch die anderen Ortschaften und die Stadt Peine zusammen.

Sicherlich wurde die Entwicklung der Stadt Peine durch Aspekte wie die Industrialisierung im Stahlbereich in die Neuzeit, sowie die Anbindung an die Eisenbahn, durch die Autobahn und den Mittellandkanal unterstützt.

Peine entwickelte sich zu einer Industriestadt.

Auch wenn der Wirtschaftsstandort Peine über viele Jahre nur für ein Unternehmen stand, konnte die Peiner Stadtbevölkerung mit und um dieses Unternehmen wachsen.

Peine und ihre Einwohnerinnen und Einwohner partizipierten definitiv von der Industrialisierung.

Die Gebietsreform

Genau wie Peine, war auch das Land Niedersachsen, sogar die ganze Bundesnation im Wandel.

Denn, wie sagte Charles Darwin schon: „Es ist nicht die stärkste Spezies, die überlebt, auch nicht die intelligenteste, sondern diejenige, die am besten auf Veränderungen reagiert.“

Und Veränderung war und ist stetig notwendig.

Bereits in den Sechziger Jahren begannen auf Landesebene die ersten Überlegungen zu einer Gebietsreform.

Erst in den 70er Jahren war eine solche Umsetzung allerdings durchführbar.

Von Anfang an war allen klar: Die Umsetzung einer Gebietsreform wird nicht einfach, schließlich würden die Ortschaften ihre Selbstständigkeit ungerne aufgeben.

Der damalige Innenminister Richard Lehnert ging in der Folge mit einer solchen Sorgfalt und intensiven Planung an die Gebietsreform heran, dass der Gegenwind der Ortschaften zwar spürbar, aber nicht unüberwindbar war.

Auch wenn die Bevölkerung mit der Schnelllebigkeit dieser Zeit zu kämpfen hatte, erkannte die Landesregierung, dass es die richtige Zeit war, größere Einheiten zu bilden.

Die neuen Lebenswirtschaftsverhältnisse brachten wachsende Aufgaben der öffentlichen Hand mit sich und diese erforderte eine moderne und größere Verwaltung.

Den Zukunftsanforderungen waren kleinere, eigenständige Ortschaften nicht mehr gewachsen.

Eine extra zu diesem Zweck gegründete Kommission beobachtete die Situation im Land und macht sich ein Bild.

Ein Anforderungskatalog wurde erstellt, der Werte wie Entfernungen zum Rathaus oder auch Mindestgrößen von Gemeinden definierte.

Der damalige Peiner Stadtdirektor Dr. Willy Boß veranlasste eine sog. "Stadt-Umland-Verflechtungsstudie", in der er die natürlichen Beziehungen umliegender Ortschaften zur Stadt darstellte.

Im Ergebnis dieser Studie gehörten dazu nicht nur die später tatsächlich eingemeindeten Ortschaften, sondern auch Teile von Ilsede (Klein-Ilsede z.B.), Oberg, Münstedt und Meerdorf.

Ein wahrhaft großes und einmaliges Projekt, für den damals noch jungen Willy Boß.

Er bewies, dass er den notwendigen Weitblick besaß und der Situation mehr als gewachsen war.

Wäre es nach Dr. Boß gegangen, wären die Grenzen der Stadt Peine heute wohl mit denen des Landkreises Peine zu vergleichen.

Ein Fakt, der auch dem Landkreis Peine damals missfiel.
Eine zu starke Stadt Peine würde zu Lasten des Landkreises gehen.

Dementsprechend torpedierte man beim Kreis alle Eingemeindungswünsche von Peine und versuchte, kleinere Kommunen zu bilden.

Eine gewisse „Abhängigkeit“ kleinerer Gemeinden vom Landkreis war diesem nicht nur genehm – sie war gewollt.

Die Einflussnahme des Landkreises nahm abenteuerliche Formen an und zwar bereits beim Anschluss von Handorf an die Stadt, der bereits 1968 stattfand.

Handorf bekam bekanntlich für seinen frühzeitigen Anschluss eine Steuergarantie für 10 Jahre, ein richtig schönes Feuerwehrauto und einen großen Ortsrat.

Handorf war zweifellos der Gewinner der Gebietsreform.

In der entscheidenden Sitzung, in der der Rat von Handorf den Anschluss beschließen wollte, tauchten plötzlich unangemeldet 2 Kreispolitiker auf: Kreisoberamtmann Heinz Kucklick und Kreisamtmann Wilhelm Meine.

Beide ergriffen ungefragt in der sechsstündigen Sitzung das Wort.

Sie versuchten, den Handorfern einzureden, dass es in Niedersachsen niemals zu einer Gebietsreform kommen würde (man habe gesicherte Erkenntnisse) und dass sie somit ihre Selbständigkeit umsonst aufgeben würden.

Die Sorge des Landkreises wuchs, dass andere Gemeinden dem Beispiel von Handorf folgen würden. Es galt mit allen Mitteln, einen Dominoeffekt zu vermeiden.

Zur Ehrenrettung des Landkreises an dieser Stelle muss man aber sagen, dass der damalige Oberkreisdirektor Plett sich von dem Gebaren seiner beiden Vasallen öffentlich distanzierte.

Das war nicht sein Stil.

Es hielt ihn aber nicht davon ab, in legitimer Form Widerstand aufzubauen - der Landkreis grätschte überall hinein:

Sei es, dass er die Wünsche der westlichen Ortschaften beflügelte, die neue Kommune "Hainwald" zu gründen mit Vöhrum, Eixe, Hämelerwald, sei es dass er im Innenministerium vorstellig wurde, um den Zusammenschluss von Dungenbeek, Schmedenstedt, Woltoorf und Sierße zu unterstützen.

Und Bettmar war wohl auch noch im Spiel.

Um die große Eingemeindung von 14 Ortschaften zu verhindern, war dem Landkreis fast jedes Mittel recht.

Es kam aber anders.

Der Gesetzgeber in Hannover spielte dem Landkreis Peine nicht in die Karten. Die raumordnerischen Vorstellungen verhinderten eine zu starke Entwicklung der Stadt, aber nicht die Planungen von Dr. Willy Boß.

Die Vorgaben des Landes waren klar definiert und akribisch vorbereitet und machten weitere Maßnahmen des Landkreises zur Verhinderung der Eingemeindung von 14 Ortschaften obsolet.

Stimmungslage in den Ortschaften

Bereits zu Beginn habe ich Ihnen erläutert, dass die Ortschaften bis zur Eingemeindung stolz auf Ihre Selbstständigkeit waren.

In den Ortschaften herrschten gute Verhältnisse – sie waren bereits über Jahrzehnte gut aufgestellt und es bedurfte keiner Notwendigkeit zur freiwilligen Abgabe ihrer Selbstständigkeit.

Dies scheint auch der Grund zu sein, weswegen die Ortschaften zunächst eine so abwehrende Haltung gegenüber der Eingemeindung hatten.

Es herrschte die Meinung, Stadt und Land würden die Ortschaften zwingen, ihre Selbstständigkeit abzugeben.

Ein weiterer Aspekt war – wie immer- das Geld. Die Stadt war finanziell nicht gut aufgestellt.

Die mit einer Eingemeindung verbundenen Steuer- und Abgabesätze taten ihr Übriges in den finanziell gut aufgestellten Ortschaften.

Stederdorf und Dungenbeck z.B. hatten große Ländereien - Dungenbeck profitierte zudem von der Gewerbesteuer der Stahlwerke.

Als das Land die Ortschaften erstmalig aufforderte, sich zur Frage der Eingemeindung zu positionieren, lehnten diese ausnahmslos eine solche ab.

Man wollte selbstständig bleiben.

Doch das Land folgte den Einwänden nicht - die Eingemeindung wurde per Gesetz beschlossen.

Einige Ortschaften protestierten offen, einige fügten sich stumm in das Schicksal.

Trauerflore in Duttonstedt, Trauergesänge in Vöhrum.

Essinghausen unterschrieb als letzte Kommune mit dem Zusatz: "Wir haben uns dem Diktat gebeugt!"

In Rosenthal zelebrierte man feierlich die letzte Trauung im Standesamt, das immerhin 100 Jahre Bestand hatte.

In Eixe sprach der Ratsherr Schuur "von einer erheblichen Schwächung der demokratisch-parlamentarischen Mitwirkung des Bürgers in dem künftigen Ortsteil Eixe."

Und die Stederdorfer gingen sogar noch einen Schritt weiter. Nachdem sie zunächst von Peine als einer "Bürokratie mit gigantischem Mechanismus, der von Zwergen bedient werde" sprachen, gründete sie einen sog. "Bürgerrat" (ohne jegliche gesetzliche Grundlage), um dickköpfig die bisherige eigene Ratsarbeit fortzusetzen.

Der damalige Vorsitzende des Bauausschusses erklärte sogar, dass sie auch in Zukunft als Planungsausschuss weiter existieren und entscheiden wollten.

Dieser fast revolutionäre Ansatz wurde zwar schnell „von oben“ weggebügelt, zeigt aber, wie vor Ort empfunden wurde.

Der spätere Stederdorfer Ortsbürgermeister Reupke hat dieses aufrührerische Potential scharfzüngig gepflegt.

Noch bei der Zehnjahres-Feier 1984 formulierte er als einziger kritisch in der PAZ: "Das ist für Stederdorfer und für Wendesser kein Grund zu feiern - ein Stederdorfer oder ein Wendesser wird schwerlich ein Peiner werden."

Ich bin überzeugt, dass die Stederdorferinnen und Stederdorfer, sowie die Wendesserinnen und Wendesser, diese These heute nicht mehr unterschreiben würden.

Der damalige Schwicheldter Bürgermeister Gerd Mill, sprach mit seinen Worten allerdings den meisten aus der Seele:

"Die Gebiets- und Verwaltungsreform hat sicherlich in der Gemeinde nicht ungeteilten Beifall erhalten.

Es gab eben Vorstellungen eines anderen Zuschnitts der neuen kommunalen Einheiten."

Aber er beließ es bei diesen Worten und wurde danach ein sehr konstruktiver Mitstreiter.

Reinhard Rüscher, der Dungenbecker Ratsvorsitzende formulierte:

"Kein Bürgermeister und kein Gemeindedirektor wollte auf seinem Sessel kleben bleiben - wir haben die Dinge durchaus real gesehen.

Aber was die Bürgermeister, Gemeindedirektoren und Ratsherren schmerzlich empfinden ließ, war die Befürchtung, dass die Dorfgemeinschaft geschwächt und die Bindungen zwischen Bürger und Gemeinde bzw. Rathaus verloren gehen könnte."

Dr. Willy Boß hielt dagegen, dass die Ortschaften sich zu Beginn alle einen guten Standard haben bescheinigen lassen, dass aber dann im Laufe der Verhandlungen der Forderungskatalog im Bereich Schulen, Straßen, Sportstätten, Kindergärten und Jugendeinrichtungen immer größer geworden sei.

Im Übrigen würden die Rathausmitarbeiter ausgesprochen engagiert an die neuen Aufgaben herangehen.

Er betonte, dass es dem Landesgesetzgeber auch darum gehe, die Raumordnung und Landesplanung nach unten zu verlagern, also auf die gestärkte Gemeindeebene.

Dieses noch junge Instrument der Politik, das von den Ortschaften nicht bedient werden könne, hat ja dann auch beachtlich an Bedeutung gewonnen.

Erstmalig wurde mit dieser Gebietsreform der Raum und seine Verflechtungen betrachtet.

Die Gebietsreform vor 40 Jahren kam wirklich einer Neugründung der Stadt gleich - sein Handeln war geschickt und weitsichtig, so dass ich aus heutiger Sicht sage:

Danke, Dr. Boß

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen herzlich, dass Sie meinen Worten Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Auch wenn die meisten von uns selbst kaum Zeuge dieser Verwaltungs- und Gebietsreform waren, sollten wir uns diese trotzdem regelmäßig vor Augen führen.

Schließlich hat uns diese Reform zu dem gemacht, was wir heute sind: Ein gemeinsames und starkes Peine!

Vielen Dank!